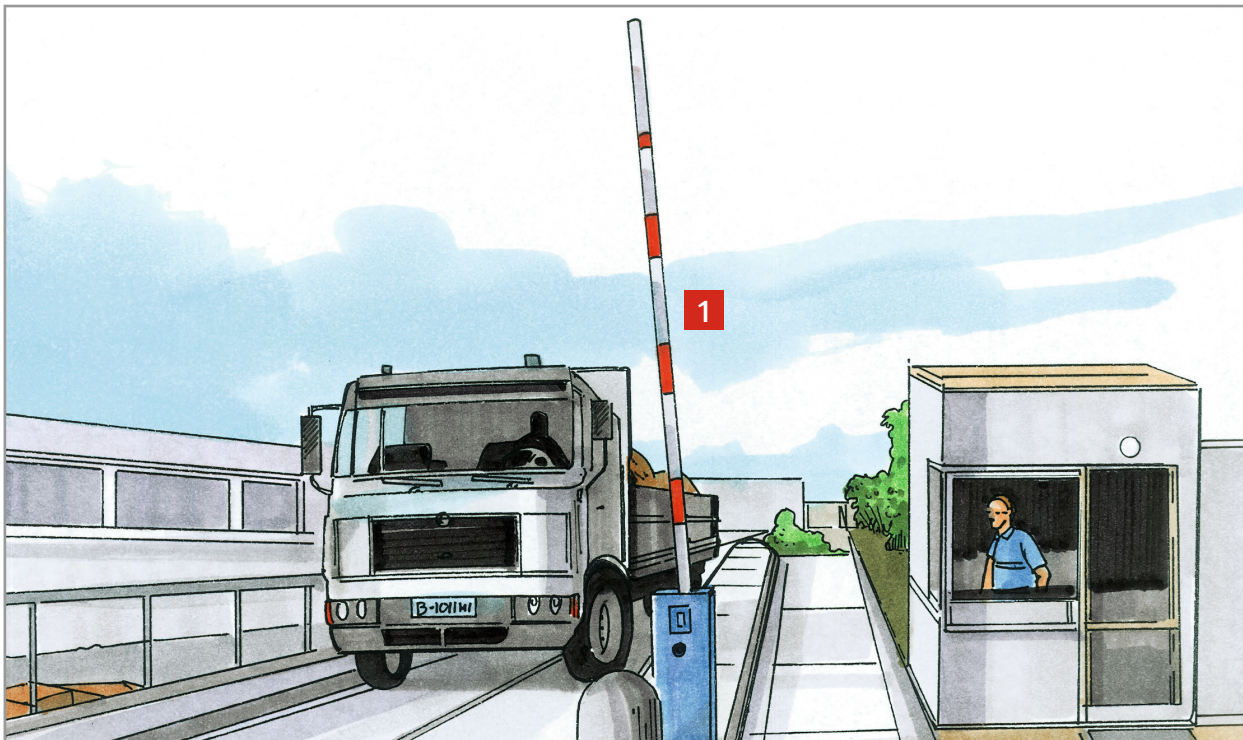


A 1.21 Öffentliche Verkehrsflächen



Auf vielen Betriebs- und Firmengeländen findet – auch wenn sie im Privateigentum stehen – öffentlicher Verkehr statt. Hier sind entsprechend den Rechtsvorschriften Maßnahmen vonseiten der Unternehmen erforderlich.

Verkehrsräume

Rechtlich öffentlicher Verkehrsraum

- liegt vor, wenn es die Verfügungsberechtigten wollen oder die Benutzung für jede Person, z. B. Kundschaft, möglich ist.

Faktisch öffentlicher Verkehrsraum

- liegt dann vor, wenn der Verkehrsraum gewollt oder stillschweigend geduldet öffentlich benutzt wird, d. h. für jede Person zugänglich ist, z. B. Parkplatz eines Kaufhauses.

Nicht öffentlicher Verkehrsraum

- sind Flächen, von denen die Allgemeinheit nach dem Willen der Verfügungsberechtigten, z. B. Eigentümer oder Pächter, tatsächlich ausgeschlossen ist.

Drei Bedingungen für den nicht öffentlichen Verkehrsraum

Beschränkungswille

- Die Verfügungsberechtigten müssen Personen- und Fahrzeugverkehr zeitlich befristet oder auch dauerhaft ausschließen.

Beschränkungsvorkehrung

- Beschränkungsvorkehrungen können Ampeln und Schranken **1** in Verbindung mit Verbotstafeln sein. Warn- oder Verbotsschilder allein reichen nicht aus.
- Bei einem fest umrissenen Besucherkreis des Firmengeländes besteht die Möglichkeit, personenbezogene Erlaubnisausweise auszugeben.

Beschränkungskontrollen

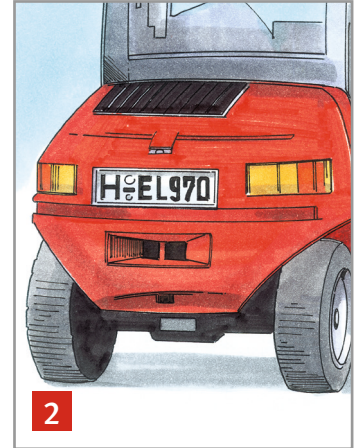
- Beschränkungen müssen überwacht werden.
- Bei der Nutzung von Schranken, Ampeln usw. ist eine Einzelfallsteuerung erforderlich, bei der der Zugang durch Einzelsteuerung erlaubt oder verwehrt wird.
- Bei Beschränkungsvorkehrungen durch Erlaubnisausweise sind diese regelmäßig zu kontrollieren.

Konsequenzen

- Wenn das Betriebs- und Firmengelände öffentlich oder teilöffentlich ist, gelten hier die Straßenverkehrsordnung (StVO), die Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) **2**, die Fahrerlaubnisverordnung (FEV) **3** und das Pflichtversicherungsgesetz (PflVG).

Empfehlungen

- bezüglich Ausrüstung, Zulassung und Kennzeichnung ist Kontakt mit der Straßenverkehrsbehörde bzw. mit der oberen Verwaltungsbehörde aufzunehmen
- der Hersteller des Fahrzeuges/Gerätes kann bezüglich bereits vorhandener Gutachten angesprochen werden
- die Versicherung muss über die betriebliche Situation informiert werden
- die Führerscheine der Beschäftigten sind zu kontrollieren



Weitere Informationen



- Pflichtversicherungsgesetz (PflVG)
- Straßenverkehrsordnung (StVO)
- Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO)
- Fahrerlaubnisverordnung (FEV)
- DGUV Vorschrift 70 „Fahrzeuge“
- Merkblatt V 011 „Checkliste zur Erarbeitung eines betrieblichen Verkehrswegekzeptes“ (BG RCI)